Wirtschaftsdienst, 2026, 106(5), 369-376
JEL: D72, H50, C83

Tim Lohse, Tobias Börger, Jürgen Meyerhoff, Salmai Qari, Andreas Stotland

Zwischen Wählerwille und Haushaltspolitik: Ausgabenprioritäten nach Parteipräferenzen

Auf Basis eines repräsentativen, umfragegestützten Auswahlexperiments mit Best-Worst-Scaling werden die Ausgabenprioritäten in der Gesellschaft für 13 zentrale Politikbereiche in Deutschland quantifiziert und nach Parteipräferenzen differenziert. Die Ergebnisse zeigen ausgeprägte parteispezifische Unterschiede in der relativen Gewichtung: Politisch stark akzentuierte Bereiche wie Verteidigung oder Klimaschutz nehmen in vielen Wählergruppen keine Spitzenposition ein, wohingegen der Bereich Gesundheit & Pflege eine breite gesellschaftliche Unterstützung bei geringer parteipolitischer Polarisierung aufweist. Andere Ausgabenbereiche, die parteiübergreifend ähnlich präferiert werden, sind Energieversorgung sowie Infrastruktur & Verkehr, die eher im Mittelfeld des Rankings liegen.

Die Priorisierung öffentlicher Mittel gehört zu den zentralen Aufgaben von Regierungen. Da staatliche Ausgaben nicht unabhängig voneinander festgelegt werden können, impliziert jede zusätzliche Mittelverwendung für einen Politikbereich grundsätzlich Opportunitätskosten in anderen Bereichen oder eine Ausweitung der staatlichen Finanzierung. Welche Aufgaben bevorzugt finanziert werden, ist damit kein technisches, sondern ein genuin politisches Allokationsproblem, dessen Lösung das Ergebnis politischer Entscheidungsprozesse ist.

In Deutschland war eine solche explizite Priorisierung staatlicher Ausgaben in den vergangenen Jahren jedoch nur begrenzt zu beobachten. Absolut und relativ nahmen die Staatsausgaben erheblich zu. Lag die Staatsquote (Verhältnis der Staatsausgaben zum Bruttoinlandsprodukt) 2015 noch bei 44,5 %, stieg sie binnen zehn Jahren auf 50,5 % (BMF, 2026a) und wird 2026 voraussichtlich 51,4 % erreichen (Statista, 2026). Allein der Bundeshaushalt ist in diesem Zeitraum von 311,7 Mrd. € um 61,2 % auf 502,5 Mrd. € gestiegen (BMF, 2026b), obwohl sich die Inflation nach dem Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im selben Zeitraum lediglich um 31,9 % erhöhte (Statistisches Bundesamt, 2026). Gleichzeitig wurden fiskalische Grenzen wiederholt ausgesetzt oder dauerhaft verschoben: Während der Coronapandemie wurde die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt, im Zuge der Zeitenwende ein Sondervermögen für die Bundeswehr eingerichtet, und kurz vor dem Antritt der neuen Bundesregierung beschloss der alte Bundestag eine Bereichsausnahme von der Schuldenbremse für Verteidigung sowie ein weiteres Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität, dessen Mittel, so die Deutsche Bundesbank (2026, S. 107), jedoch „zu einem guten Teil in sonstige Verwendungen des Bundes [fließen]."

Prof. Dr. Tim Lohse ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin und stellvertretender Direktor des Berlin Centre for Empirical Economics (BCEE).

Prof. Dr. Tobias Börger ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der HWR Berlin und Direktor des BCEE.

Dr. Jürgen Meyerhoff ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HWR Berlin und Mitglied des BCEE.

Prof. Dr. Salmai Qari ist Professor für Ökonometrie an der HWR Berlin und Mitglied des BCEE.

Andreas Stotland ist Doktorand an der HWR Berlin und FU Berlin sowie Mitglied des BCEE.

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Flankiert wird diese Entwicklung durch ein anhaltendes Wachstum des Steueraufkommens, das im laufenden Jahr erstmals die Marke von einer Billion Euro überschreiten dürfte (BMF, 2025, S. 13). Dennoch verschärfen sich die fiskalischen Spannungen. Die Kommunen weisen in den Kernhaushalten Rekorddefizite auf; neun von zehn rechnen bis 2029 mit einer sich weiter eintrübenden Finanzsituation (Raffer et al., 2025, S. 4), und in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes zeichnen sich für 2027 bis 2029 wohl noch ungedeckte Finanzierungserfordernisse von über 140 Mrd. € ab (Greive & Hildebrand, 2026). Die Kombination aus steigenden Ausgaben, erweiterten Finanzierungsspielräumen und dennoch wachsenden Haushaltsproblemen zeigt, dass zusätzliche staatliche Ressourcen Priorisierungskonflikte nicht auflösen, sondern lediglich zeitlich verschieben.

Notwendigkeit der Prioritätsmessung

Aus finanzwissenschaftlicher Sicht rückt damit die Frage in den Vordergrund, wie staatliche Ausgabenprioritäten tatsächlich gesetzt werden und welche Rolle gesellschaftliche und politische Präferenzen dabei spielen. Wenn fiskalische Grenzen nicht bindend sind oder systematisch angepasst werden, verlagert sich das Allokationsproblem von der Budgetrestriktion auf den politischen Prozess selbst. Welche Politikbereiche zusätzliche Mittel erhalten und welche trotz wachsender staatlicher Ressourcen unterfinanziert bleiben, ist dann Ausdruck gesellschaftlicher Präferenzstrukturen, die sich im politischen Wettbewerb und in parlamentarischen Entscheidungen niederschlagen – oder deren mangelnder Berücksichtigung.

Vor diesem Hintergrund ist eine Analyse staatlicher Ausgaben nicht allein auf aggregierte Ausgabenhöhen zu beschränken. Entscheidend ist vielmehr, wie unterschiedliche staatliche Aufgaben aus Sicht der Gesellschaft relativ zueinander bewertet werden und in welchem Maße diese Bewertungen mit parteipolitischen Präferenzen verknüpft sind. Die systematische Erfassung gesellschaftlicher Präferenzen ist dabei kein rein technisches Instrument, sondern ein zentrales Element demokratischer Fiskalpolitik: Nur wenn den politischen Entscheider:innen bekannt ist, welche Ausgabenprioritäten in der Gesellschaft bestehen, lässt sich beurteilen, inwieweit staatliche Budgetentscheidungen langfristig gesellschaftliche Akzeptanz finden. Die Untersuchung solcher Priorisierungsmuster ist daher eine zentrale Voraussetzung, um gegenwärtige und zukünftige fiskalpolitische Herausforderungen einordnen und die gesellschaftliche Akzeptanz staatlicher Ausgabenentscheidungen in einem zunehmend polarisierten politischen Umfeld verstehen zu können.

Prioritätsmessung durch Auswahlexperimente mit Best-Worst-Scaling

Um gesellschaftliche Ausgabenprioritäten empirisch zu erfassen, müssen die Präferenzen der Bevölkerung systematisch erhoben werden. Da diese nicht unmittelbar beobachtbar sind, bedarf es geeigneter empirischer Erhebungsverfahren, die eine konsistente Abbildung relativer Bewertungen ermöglichen. In den empirischen Wirtschaftswissenschaften kann zur Messung individueller Präferenzen auf umfragegestützte ökonomische Auswahlexperimente zurückgegriffen werden. Diese finden Anwendung bei der Bewertung nichtmarktfähiger Güter wie Veränderungen von Umweltqualitäten (Mariel et al., 2021) oder der Verteidigung (Börger et al., 2025; Lohse et al., 2023; Qari et al., 2024), aber auch bei der Bewertung marktlicher Güter (Louviere & Woodworth, 1983; Lusk & Schroeder, 2004). Charakteristisch für diese Ansätze ist, dass Teilnehmer:innen zwischen alternativ gestalteten Optionen wählen und durch Trade-offs ihre Präferenzen offenlegen.

Für die Erfassung gesellschaftlicher Prioritäten über verschiedene Politikbereiche eignet sich insbesondere das Best-Worst-Scaling (BWS). In der hier verwendeten Variante werden Teilnehmer:innen gebeten, wiederholt aus einer experimentell generierten Liste von Alternativen jeweils die aus ihrer Sicht beste und die schlechteste Option auszuwählen (Louviere et al., 2015). Aus den wiederholten Entscheidungen lassen sich konsistente Rangfolgen ableiten, die eine Quantifizierung relativer Präferenzen ermöglichen.

Ein wesentlicher Vorteil des BWS besteht darin, dass die Teilnehmer:innen explizit um klare Priorisierungen gebeten werden. Gerade mit Blick auf reale politische Entscheidungsprozesse, in denen Zielkonflikte und Trade-offs unvermeidlich sind, erweist sich dies als zentraler Vorzug. Im Unterschied zu klassischen Befragungsformaten, in denen mehrere Politikbereiche gleichzeitig als wichtig eingestuft werden können, liefert das BWS eine eindeutige Gewichtung der betrachteten Alternativen. Damit bildet es die Entscheidungslogik politischer Abwägungen in verdichteter Form ab: Zwar werden keine konkreten Budgetrestriktionen vorgegeben, doch zwingt das Verfahren die Befragten dazu, relative Präferenzen offenzulegen und implizite Zielkonflikte zu berücksichtigen. Das Verfahren findet daher zunehmend in der empirischen Wirtschaftsforschung Anwendung (Schuster et al., 2024).

Best-Worst-Scaling zu Politikbereichen

Für Deutschland liegen nun Ergebnisse aus der Durchführung eines solchen umfragebasierten Auswahlexperi-

Tabelle 1
Politikbereiche des Auswahlexperiments

	Politikbereiche
1	Bildung & Forschung
2	Energieversorgung
3	Ernährung & Landwirtschaft
4	Gesundheit & Pflege
5	Infrastruktur & Verkehr
6	Innere Sicherheit
7	Klimaschutz
8	Kultur
9	Natur- und Umweltschutz
10	Rente
11	Sozialleistungen
12	Verteidigung
13	Wirtschaft

Quelle: eigene Darstellung.

ments zu gesellschaftlichen Politikprioritäten vor (Börger et al., 2026). An der im Dezember 2025 durchgeführten Online-Umfrage nahmen rund 2.500 Personen teil, die im Hinblick auf Alter, Geschlecht und Bildung bevölkerungsrepräsentativ ausgewählt wurden.

Bei den herangezogenen Politikbereichen (Tabelle 1) handelt es sich um bewusst hoch aggregierte Bezeichnungen, die zentrale staatliche Aufgabenfelder abbilden. Diese Aggregation ist erforderlich, um die Komplexität staatlicher Ausgabenstrukturen auf eine für die Teilnehmenden handhabbare Zahl von Alternativen zu reduzieren. Zugleich sind die gewählten Politikbereiche als Schlagworte aus der öffentlichen Berichterstattung weithin bekannt, sodass eine gute Interpretierbarkeit auch ohne weitere Erläuterungen gegeben ist.

Im Rahmen des BWS werden die Teilnehmer:innen wiederholt mit einer Auswahlentscheidung konfrontiert: Mit Hilfe eines experimentellen Designs (balanced incomplete block design, Aizaki & Fogarty, 2023) wurden 13 Auswahlsets generiert; Abbildung 1 beinhaltet mit Klimaschutz, Infrastruktur & Verkehr, Natur- und Umweltschutz sowie Energieversorgung exemplarisch eines davon. Das experimentelle Design stellt sicher, dass im Experiment alle in Tabelle 1 aufgelisteten Politikbereiche gleich häufig miteinander verglichen werden. Allen Teilnehmer:innen wurden von diesen Auswahlsets vier zufällig vorgelegt. Pro Set wurden sie gebeten, den Politikbereich auszuwählen, in dem sie staatliche Ausgaben für am wichtigsten erachten, sowie denjenigen, in dem sie staatliche Ausgaben für am unwichtigsten halten.

Politikprioritäten im Überblick

Die Präferenzordnung (Abbildung 2) der Politikbereiche wurde auf Grundlage eines multinomialen Logitmodells[1] für die Gesamtheit aller Teilnehmer:innen geschätzt. Ausgewiesen sind die jeweiligen Präferenzanteile je Politikbereich einschließlich der 95 %-Konfidenzintervalle.[2] Die Politikfelder sind dabei vom wichtigsten zum unwichtigsten Bereich sortiert. Dargestellt sind Präferenzanteile, welche in Summe stets 100 % ergeben und somit die relative Bedeutung der einzelnen Politikbereiche im Rah-

1 Ein multinomiales Logitmodell ist ein statistisches Verfahren, mit dem man berechnet, wie wahrscheinlich es ist, dass sich jemand aus mehreren Alternativen für eine entscheidet.
2 Die geschätzten Nutzengewichte β der 13 Politikbereiche werden durch folgende Transformation in Präferenzanteile γ umgerechnet: $\gamma = e^{\beta} / \sum e^{\beta}$ (Lusk & Briggeman, 2009).

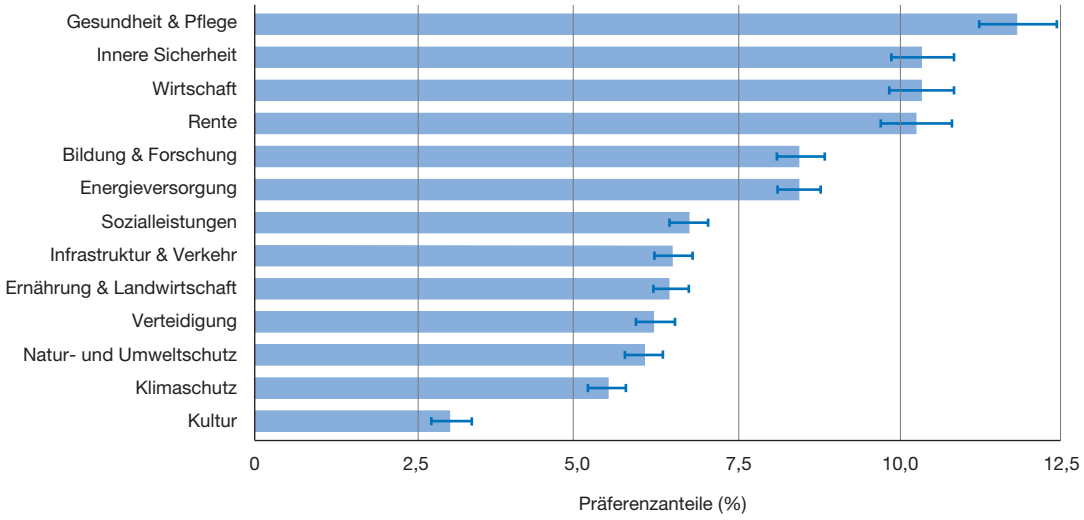
Abbildung 1
Beispielhafte Auswahlentscheidung im Best-Worst-Scaling (BWS)

Wenn Sie an die zukünftige Verwendung öffentlicher Gelder denken: Welchen **der vier gezeigten Politikbereiche** sehen Sie im Hinblick auf **staatliche Ausgaben** als am **wichtigsten** und welchen Politikbereich als am **wenigsten wichtig** an?

	Klimaschutz	Infrastruktur & Verkehr	Natur- und Umweltschutz	Energieversorgung
Am wichtigsten ist:	○	○	○	○
Am wenigsten wichtig ist:	○	○	○	○

Quelle: eigene Darstellung.

Abbildung 2
Best-Worst-Scaling (BWS)-Präferenzreihenfolge



Lesebeispiel: Der Präferenzanteil von 11,8 % für den Bereich „Gesundheit & Pflege" bedeutet, dass von den Befragten im Durchschnitt der Bereich „Gesundheit & Pflege" aus den 13 Politikfeldern als wichtigster Bereich ausgewählt wird.

Quelle: eigene Berechnung.

men des geschätzten Präferenzmodells angeben. Ein höherer Präferenzanteil bedeutet entsprechend, dass diesem Politikbereich im Modell eine größere relative Bedeutung zukommt.

In den Präferenzanteilen der 13 Politikbereiche sind mehrere Gruppen erkennbar, innerhalb derer die einzelnen Bereiche jeweils sehr eng beieinander liegen. An der Spitze stehen Gesundheit & Pflege, die mit einem Präferenzanteil von 11,8 % als wichtigster Politikbereich eingestuft werden. Daran schließt sich unmittelbar eine zweite Gruppe an, bestehend aus Innerer Sicherheit (10,3 %), Wirtschaft (10,3 %) und Rente (10,2 %), deren Präferenzanteile nahezu identisch sind. Mit einem gewissen Abstand folgt eine dritte Gruppe aus Bildung & Forschung (8,5 %) und Energieversorgung (8,4 %), die ebenfalls sehr ähnlich bewertet werden. Eine weitere, zahlenmäßig größere Gruppe bilden anschließend Sozialleistungen (6,7 %), Infrastruktur & Verkehr (6,5 %), Ernährung & Landwirtschaft (6,4 %), Verteidigung (6,2 %) sowie Natur- und Umweltschutz (6,0 %), deren Präferenzanteile eng beieinander liegen und nur geringe Unterschiede aufweisen. Klimaschutz folgt mit einem Präferenzanteil von 5,5 % knapp dahinter. Deutlich abgesetzt bildet Kultur mit lediglich 3,0 % den Schluss der Präferenzordnung und weist damit einen deutlich geringeren Stellenwert als alle übrigen Politikbereiche auf.

Diese Präferenzreihenfolge ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. *Erstens* deckt sie sich nicht mit der medialen Präsenz einzelner Politikfelder in der öffentlichen Debatte, in der insbesondere Verteidigung, aber auch Klimaschutz stark hervortreten. *Zweitens* deutet sich gerade für diese beiden Bereiche eine Diskrepanz oder Inkongruenz zwischen den relativen Ausgabenprioritäten der Gesellschaft und den tatsächlichen politischen Schwerpunktsetzungen an. *Drittens* zeigt sich schließlich, dass der Bereich Kultur aus Sicht der Bevölkerung eine deutlich nachgeordnete Rolle spielt.

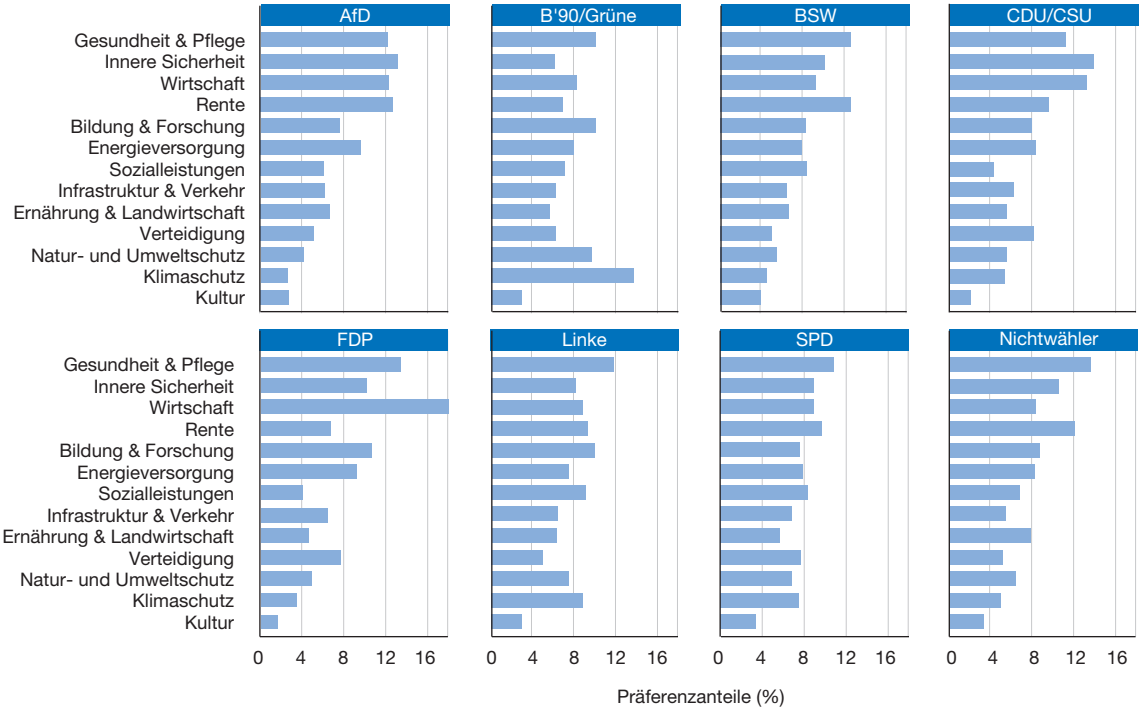
Best-Worst-Scaling nach Parteipräferenzen

Die Teilnehmer:innen des Auswahlexperiments wurden zudem nach ihrer Wahlintention deutscher Parteien befragt („Sonntagsfrage"). Dies ermöglicht es, die im BWS ermittelten Ausgabenprioritäten systematisch nach Parteipräferenzen aufzuschlüsseln.

Die Präferenzordnungen der Unterstützer:innen der AfD (24 % aller Teilnehmer:innen), von Bündnis 90/Die Grünen (7 %), des BSW (5 %), der Union (19 %), der Linken (10 %), der FDP (4 %), der SPD (14 %) sowie der Gruppe der Nichtwähler:innen (11 %) sind in Abbildung 3 dargestellt.[3] Die Präferenzanteile ergeben sich aus separat für jede Gruppe geschätzten Nutzengewichten. Die Auflistung der Politikbereiche entspricht in jedem Teildiagramm der Präferenzordnung für die Gesamtgesellschaft

3 Teilnehmer:innen mit der Wahlintention „andere Parteien" sind nicht ausgewiesen.

Abbildung 3
Best-Worst-Scaling (BWS)-Präferenzreihenfolge nach Parteipräferenzen



Lesebeispiel: Bei den Anhänger:innen der AfD ist der Bereich „Innere Sicherheit" mit einem Präferenzanteil von 12,9 % der wichtigste Politikbereich (12,9 % der AfD-Anhänger:innen wählen diesen Bereich als wichtigsten aus), während bei Unterstützer:innen von Bündnis 90/Die Grünen „Klimaschutz"mit einem Präferenzanzeil von 13,5 % der wichtigste Politikbereich ist.

Quelle: eigene Berechnung.

(vgl. Abbildung 2), sodass Abweichungen vom dort dargestellten umgekehrten Treppenstufenmuster unmittelbar Unterschiede zwischen der Gesamtbevölkerung und den jeweiligen Parteianhänger:innen sichtbar machen. Abgetragen sind – wie bereits zuvor – die Präferenzanteile je Politikbereich, die sich innerhalb jeder Parteipräferenzgruppe auf 100 % addieren. Somit sind sie als Maß für die Präferenzintensität auch zwischen den Gruppen vergleichbar.

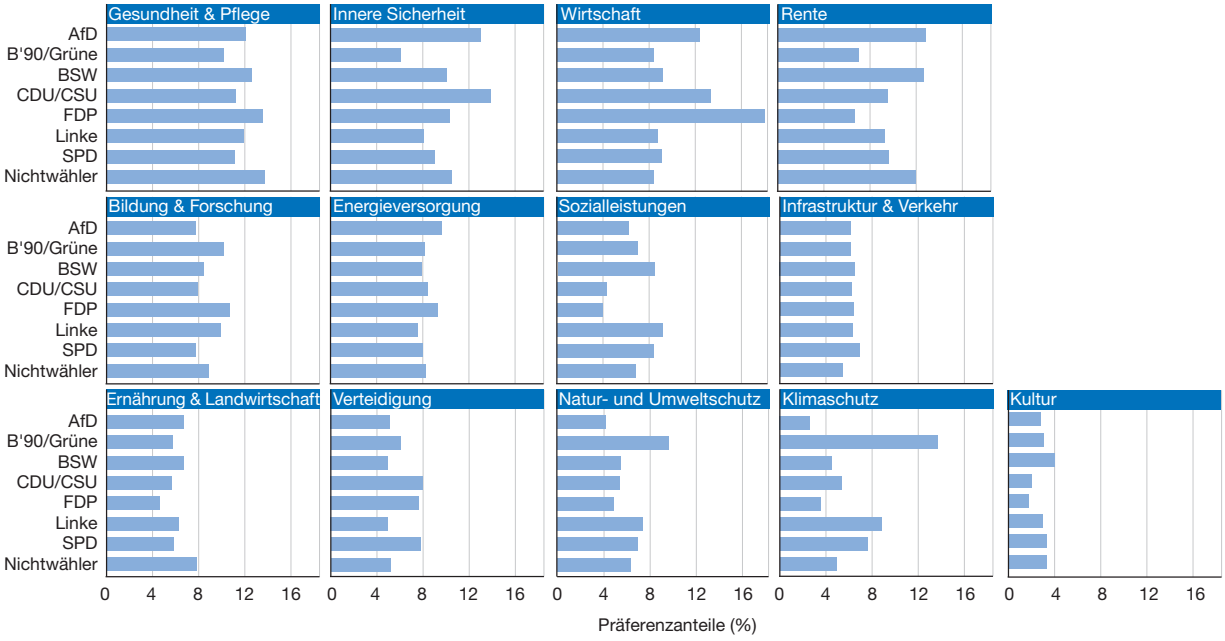
Das in der Gesamtgesellschaft als am wichtigsten eingestufte Politikfeld Gesundheit & Pflege ist zwar in allen Wählergruppen von hoher Bedeutung, erreicht jedoch nur bei den Gruppen mit Parteipräferenz für die SPD mit 11 %, für die Linken mit 11,7 %, sowie etwas ausgeprägter bei den Nichtwähler:innen mit 13,5 % den jeweils höchsten Präferenzanteil. In den übrigen Wählergruppen dominieren jeweils andere Politikfelder. Bei den Anhänger:innen der AfD liegen Innere Sicherheit (12,9 %) und Rente (12,7 %) nahezu gleichauf an der Spitze. Bei den Unterstützer:innen von Bündnis 90/Die Grünen stellt Klimaschutz mit 13,5 % die klare Top-Priorität dar. Bei den Anhänger:innen des BSW rangiert die Rente mit 12,5 % knapp vor Gesundheit & Pflege (12,4 %). Für die Anhänger:innen der Union ist Innere Sicherheit das wichtigste Politikfeld (13,8 %), bei den Unterstützer:innen der FDP ist die Präferenz für den Bereich Wirtschaft mit 17,8 % sogar noch ausgeprägter und rangiert mit großem Abstand auf Platz 1. Diese jeweils dominierenden Politikfelder entsprechen in ihrer thematischen Ausrichtung weitgehend den bekannten Parteiprofilen.

Auffällig ist, dass sich die Heterogenität der Präferenzanteile der Politikbereiche vor allem im parteiübergreifenden Vergleich zeigt, während sie innerhalb einzelner Parteianhängerschaften unterschiedlich stark ausgeprägt ist.[4] Die Anhängerschaft der SPD zeichnet sich durch eine eher homogene Verteilung der Präferenzanteile aus, die von 9,6 % für Rente bis 5,7 % für Ernährung & Landwirtschaft reicht. Ein ähnliches Muster zeigt sich bei Unterstützer:innen der Linken, bei denen viele Politikbereiche Präferenzanteile im Bereich zwischen 7 % und 9 %

4 Lediglich Kultur weist bei den Anhänger:innen aller Parteien durchgängig den geringsten Präferenzanteil auf.

Abbildung 4

Best-Worst-Scaling (BWS)-Präferenzreihenfolge nach Politikbereichen



Anmerkung: Die Abbildung zeigt für jeden Politikbereich die Präferenzanteile der jeweiligen (Nicht-)Wählerschaft. Z.B. wird der Bereich „Wirtschaft“ sehr unterschiedlich priorisiert (18 % der FDP-Wählerschaft und 8 % der Nichtwähler:innen nennen diesen Bereich als wichtigsten), während der Bereich „Kultur“ parteiübergreifend als Randbereich genannt wird (2 bis 4 % der jeweiligen Unterstützer:innen nennen diesen Bereich als wichtigsten).

Quelle: eigene Berechnung.

aufweisen. Als weniger wichtig wird von diesen insbesondere Verteidigung (4,9 %) eingestuft.

Heterogener fallen die Präferenzanteile bei den Anhänger:innen der Union aus. Neben dem Bereich Innere Sicherheit wird auch der Bereich Wirtschaft mit einem Anteil von mehr als 13 % als etwa doppelt so wichtig angesehen wie Ernährung & Landwirtschaft, Sozialleistungen, Infrastruktur & Verkehr, Natur- und Umweltschutz sowie Klimaschutz, die jeweils Präferenzanteile von 4 bis 6 % aufweisen. Verteidigung liegt mit etwa 8 % zwischen diesen Gruppen, stellt jedoch auch für die Anhänger:innen der Union keine Top-Priorität dar.

Eine ähnlich starke Heterogenität zeigt sich bei den Unterstützer:innen der FDP. Diese messen der Verteidigung einen Präferenzanteil von 7,6 % bei, der deutlich unter den Anteilen für Gesundheit & Pflege (13,4 %), Bildung & Forschung (10,6 %) sowie für Innere Sicherheit (10,2 %) liegt. Demgegenüber spielen Klimaschutz, Natur- und Umweltschutz sowie Sozialleistungen mit Präferenzanteilen von jeweils etwa 3 % bis 5 % eine deutlich geringere Rolle.

Umgekehrt stellt sich das Präferenzmuster bei den Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen dar. Nach dem Top-Thema Klimaschutz folgen Gesundheit & Pflege, Bildung & Forschung (jeweils 10 %) sowie Natur- und Umweltschutz (9,6 %) als die nächstwichtigen Politikbereiche. Verteidigung wird mit 6 % im hinteren Bereich der Politikfelder eingestuft.

Bei den Unterstützer:innen des BSW rangieren hingegen sowohl die Verteidigung als auch der Klimaschutz mit 4,9 % bzw. 4,4 % auf unteren Plätzen. Für diesen Personenkreis sind – neben den Top-Themen Rente und Gesundheit & Pflege – insbesondere Innere Sicherheit (10 %) und Wirtschaft (9 %) von hoher Bedeutung. Erst dahinter findet sich der Bereich Sozialleistungen (8,3 %) sowie Bildung & Forschung (8,2 %).

Für die Unterstützer:innen der AfD spielen nach den Top-Bereichen Innere Sicherheit und Rente vor allem Wirtschaft (12,2 %) und Gesundheit & Pflege (12 %) eine wichtige Rolle. Dagegen werden staatliche Aufgaben in Verteidigung (5,1 %), Natur- und Umweltschutz (4,1 %) und ins-

besondere Klimaschutz (2,6 %) von den Anhänger:innen der AfD als deutlich weniger wichtig eingestuft.

Best-Worst-Scaling nach Politikbereichen

Abbildung 4 stellt die im Best-Worst-Scaling geschätzten Präferenzanteile nach Politikbereichen dar und differenziert diese nach Parteipräferenz. Inhaltlich basiert die Abbildung auf denselben Schätzungen wie die zuvor dargestellten Präferenzordnungen, wählt jedoch eine alternative Darstellungslogik: Statt die Prioritäten innerhalb der einzelnen Wählergruppen zu ordnen, werden die Ergebnisse politikfeldweise ausgewiesen. Für jeden Politikbereich ist damit unmittelbar erkennbar, wie stark er von den unterschiedlichen Wählergruppen relativ zu den übrigen Bereichen gewichtet wird und wie groß die parteipolitische Divergenz innerhalb dieses Bereichs ausfällt.

Dabei zeigt sich, dass die Politikbereiche sehr unterschiedlich stark polarisieren. Am deutlichsten ist dies beim Klimaschutz: Die Präferenzanteile reichen hier von rund 3 % bei AfD-Anhänger:innen bis zu etwa 14 % bei Unterstützer:innen von Bündnis 90/Die Grünen. Auch beim Feld Wirtschaft sind die Unterschiede ausgesprochen groß. Während FDP-Anhänger:innen diesem Bereich mit rund 18 % den höchsten Stellenwert beimessen, liegt er bei Nichtwähler:innen und Grünen-Anhänger:innen bei jeweils etwa 8 %. Ein drittes stark divergierendes Feld ist Innere Sicherheit: Hier reicht die Spanne von ungefähr 6 % bei Grünen-Anhänger:innen bis zu rund 14 % bei CDU/CSU-Anhänger:innen, dicht gefolgt von AfD-Anhänger:innen mit einer ähnlich hohen Gewichtung (rund 13 %).

Ebenfalls deutlich, wenn auch weniger extrem, ist die Streuung beim Bereich Rente. Die Präferenzanteile liegen bei FDP- und Grünen-Anhänger:innen bei etwa 7 %, erreichen aber bei AfD- und BSW-Anhänger:innen rund 13 %. Für Natur- und Umweltschutz bewegen sich die Präferenzanteile ungefähr zwischen 4 % (AfD) und 10 % (Grüne). Auch bei den Sozialleistungen zeigen sich spürbare Unterschiede: Die niedrigsten Werte finden sich bei FDP und CDU/CSU (jeweils rund 4 %), während die Linke mit etwa 9 % den höchsten Wert aufweist; BSW und SPD liegen knapp darunter (jeweils rund 8 %). Insgesamt deutet dies darauf hin, dass Klimaschutz, Wirtschaft und Innere Sicherheit sowie in etwas geringerem Maße Rente, Natur- und Umweltschutz sowie Sozialleistungen zu den Politikbereichen zählen, in denen die Prioritäten zwischen Wählergruppen besonders stark auseinanderdriften.

Daneben gibt es auch Politikbereiche mit erkennbaren, aber moderaten Unterschieden in den Präferenzanteilen. Gesundheit & Pflege liegt in allen Gruppen relativ hoch (ca. 10 % bei den Grünen bis 14 % bei Nichtwähler:innen). Bildung & Forschung bewegt sich in einem ähnlichen Korridor (8 % bei der SPD bis 11 % bei der FDP), Ernährung & Landwirtschaft zwischen 5 % (FDP) und 8 % (Nichtwähler:innen). Auch Verteidigung variiert vergleichsweise moderat, von knapp 5 % (Linke, BSW) bis rund 8 % (CDU/CSU). Diese Politikfelder sind damit weniger polarisiert, ohne vollständig einheitliche Präferenzmuster aufzuweisen.

Schließlich gibt es Politikbereiche mit vergleichsweise geringen parteispezifischen Unterschieden. Infrastruktur & Verkehr bewegt sich in einem engen Korridor von rund 5 % bis 7 %, die Energieversorgung relativ stabil zwischen 8 % und 10 %. Kultur nimmt durchgängig eine Randposition ein (ca. 2 % bis 4 %). Diese Felder stehen damit entweder für breit geteilte Prioritäten (Infrastruktur, Energie) oder – wie bei Kultur – für parteiübergreifend niedrige Bedeutung.

Fazit

Basierend auf dem umfragegestützten Auswahlexperiment mit Best-Worst-Scaling ergibt sich für die Gesamtgesellschaft eine klar strukturierte und empirisch eindeutig identifizierbare Präferenzordnung über die verschiedenen Politikbereiche, welche mittels quantifizierbarer Präferenzanteile auch Aussagen über die relativen Abstände zwischen den Bereichen erlaubt. Die Differenzierung nach Parteipräferenzen zeigt jedoch, dass diese aggregierte Ordnung nicht von allen Wählergruppen in gleicher Weise geteilt wird. Vielmehr weisen die Anhänger:innen der einzelnen Parteien jeweils eigenständige Prioritätsprofile auf, die sich sowohl in den Top-Prioritäten als auch in der relativen Gewichtung der übrigen Politikbereiche teils deutlich unterscheiden.

Insgesamt zeigen die parteispezifischen Analysen, dass politische Auseinandersetzungen über Staatsausgaben weniger auf grundsätzlichen Differenzen hinsichtlich einzelner Aufgabenbereiche beruhen, sondern vielmehr auf abweichenden Gewichtungen ihrer Priorität. Auch Politikbereiche mit hoher öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit nehmen in den Präferenzordnungen einzelner Wählergruppen häufig keine herausgehobene Stellung ein.

Für die Einordnung der Ergebnisse ist es daher zentral, wie sich die Ausgabenprioritäten der Regierungen zu den Präferenzstrukturen ihrer jeweiligen Unterstützergruppen verhalten. Die Analyse legt nahe, dass sich staatliche Prioritätensetzungen nicht zwingend mit den relativen Ausgabenprioritäten der eigenen Wählergruppen decken. Dies ist insbesondere dort relevant, wo politische Strategien auf deutliche Ressourcenverschiebungen oder

Ausgabensteigerungen setzen, wie etwa in den Politikbereichen Verteidigung und Klimaschutz, die in großen Teilen der Wählerschaft eher nachrangig gewichtet werden. Solche Diskrepanzen können politische Enttäuschung verstärken, die Bindung an etablierte Parteien schwächen und damit die Attraktivität oppositioneller Parteien und insbesondere politischer Ränder begünstigen.

Die Ergebnisse sind als Momentaufnahme zu verstehen und hängen auch von der verwendeten Methode ab. Das experimentelle Frageformat mit BWS erzwingt klare Abwägungen und macht dadurch Zielkonflikte sichtbar: In jedem Auswahlset müssen Teilnehmer:innen zwischen Politikbereichen priorisieren und können nicht mehrere Bereiche gleichzeitig als „sehr wichtig" bewerten. Die BWS-Ergebnisse liefern damit einen informationsreichen Einblick in relative Prioritäten unter Trade-offs, ersetzen jedoch keine umfassende fiskalpolitische Bewertung. Sie sind vielmehr als ein empirischer Beitrag unter mehreren zu verstehen, insbesondere, wenn es darum geht, gesellschaftliche Prioritätsmuster und potenzielle Konfliktlinien bei staatlichen Budgetentscheidungen systematisch zu erfassen.

Literatur

Aizaki, H. & Fogarty, J. (2023). R packages and tutorial for case 1 best–worst scaling. *Journal of Choice Modelling*, *46*, 100394.

BMF – Bundesministerium der Finanzen. (2025). *Monatsbericht Oktober 2025*.

BMF – Bundesministerium der Finanzen. (2026a). *Monatsbericht Januar 2026: Entwicklung der Staatsquote*.

BMF – Bundesministerium der Finanzen. (2026b, 4. Februar). *Bundeshaushalt digital*.

Börger, T., Lohse, T., Meyerhoff, J. & Qari, S. (2025). Threat perceptions and the valuation of defence policy instruments. *CESifo Working Paper*, Nr. 11976.

Börger, T., Lohse, T., Meyerhoff, J., Qari, S. & Stotland, A. (2026). *International preferences for government spending* (Mimeo).

Deutsche Bundesbank. (2026). *Monatsbericht Januar 2026*.

Greive, M. & Hildebrand, J. (2026, 27. Januar). 140-Milliarden-Loch – Klingbeil ruft Ministerien zum Sparen auf. *Handelsblatt*.

Lohse, T., Börger, T., Meyerhoff, J. & Qari, S. (2023). Der Wert von Sicherheit und nationaler Verteidigung. *Wirtschaftsdienst*, *103*(6), 394–399.

Louviere, J. J. & Woodworth, G. (1983). Design and analysis of simulated consumer choice or allocation experiments: An approach based on aggregate data. *Journal of Marketing Research*, *20*(4), 350–367.

Louviere, J. J., Flynn, T. N. & Marley, A. A. J. (2015). *Best-worst scaling: Theory, methods and applications*. Cambridge University Press.

Lusk, J. L. & Schroeder, T. C. (2004). Are choice experiments incentive compatible? A test with quality differentiated beef steaks. *American Journal of Agricultural Economics*, *86*(2), 467–482.

Lusk, J. L. & Briggeman, B. C. (2009). Food values. *American Journal of Agricultural Economics*, *91*(1), 184–196.

Mariel, P., Hoyos, D., Meyerhoff, J., Czajkowski, M., Dekker, T., Glenk, K., Jacobsen, J. B., Olsen, S. B. & Thiene, M. (2021). *Environmental valuation with discrete choice experiments: Guidance on design, implementation and data analysis*. Springer Nature.

Qari, S., Börger, T., Lohse, T. & Meyerhoff, J. (2024). The value of national defense: Assessing public preferences for defense policy options. *European Journal of Political Economy*, *85*, 102595.

Raffer, C., Scheller, H. & von Zahn, F. (2025). *KfW-Kommunalpanel 2025*. KfW-Bankengruppe.

Schuster, A. L., Crossnohere, N. L., Campoamor, N. B., Hollin, I. L. & Bridges, J. F. (2024). The rise of best-worst scaling for prioritization: A transdisciplinary literature review. *Journal of Choice Modelling*, *50*, 100466.

Statista. (2026, 3. Februar). *Makroökonomische Indikatoren – Deutschland*.

Statistisches Bundesamt. (2026, 4. Februar). *Harmonisierter Verbraucherpreisindex: Deutschland*.

Title: ***Between the will of the voters and budgetary policy: spending priorities by party preferences***

Abstract: *Based on a representative survey using best–worst scaling, the society's spending priorities across 13 key policy areas in Germany are quantified and compared by party affiliation. The results reveal clear partisan differences in relative importance: Politically salient issues such as defense and climate policy do not rank among the top priorities for many voter groups, whereas health and long-term care enjoy broad societal support with little partisan polarisation. Other areas that are similarly valued across party lines include energy supply as well as infrastructure and transport, although these generally occupy mid-level positions in the rankings.*